



"Best-Practice" - Beispiele aus teilnehmenden KOMPASS- Kommunen

Inhalt

Erfahrungen der Kommunen:

S. 2	Bad Homburg
S. 3	Büdingen
S. 5	Fulda
S. 8	Gudensberg
S. 10	Hanau
S. 16	Maintal
S. 21	Neu-Isenburg
S. 27	Schwalbach am Taunus

Bad Homburg

(Landkreis Hochtaunuskreis)

Oberbürgermeister:

Alexander W. Hetjes

Einwohnerzahl:

54.227 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Bad Homburg ist eine der vier Modellkommunen, die seit Dezember 2017 beim Projekt KOMPASS teilnehmen.

Seit der Teilnahme der Stadt Bad Homburg konnten schon zahlreiche präventive Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden, die in der Bevölkerung spürbar positiv wahrgenommen wurden. Beispielhaft können hier, aufgrund der stark angestiegenen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, die kurzfristig durch Stadtverwaltung und Polizei eingeführten Sicherheitsberater für Senioren erwähnt werden.

Das Projekt wurde nach Beendigung der Ausbildung zeitnah in einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert. Seither sind **15 Sicherheitsberater** als Multiplikatoren aktiv, organisieren selbständig Informationsstände, führen Beratungsgespräche durch oder halten Vorträge bei Sozialverbänden und kirchlichen Einrichtungen.

Was geschah nach der 2. Sicherheitskonferenz:

Darüber hinaus gab es im Bereich des Rathauses sowie des Kur- und Jubiläumsparks Probleme mit größeren Jugendgruppen mit teilweise aggressivem Potenzial, das eindeutig Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ausübte. Durch aufsuchende **Jugendsozialarbeit**, ein neues **Beleuchtungskonzept** rund um das Rathaus und den Jubiläumspark und ein **maßgeschneidertes und lageangepasstes Sicherheitskonzept der Kommune und der Polizei**, konnten die genannten Hotspots eindeutig entschärft und beruhigt werden. Aus den Jugendgruppen konnten einzelne durch die **Sozialarbeiter** „herausgeholt“ und erfolgreich in Programme integriert werden. Die Gruppe an sich, wurde hierdurch instabil und verdrängt.

Eine weitere begleitende und äußerst zielführende Maßnahme, stellte die **Reduzierung** des freien Zugangs auf das **kostenlose W-LAN** -Netz der Stadt dar. Die Ansammlung von Gruppen entstand genau in den Bereichen, in denen die Stadt dies zur Verfügung stellte.

3. Sicherheitskonferenz:

Im August 2019 wurde seitens der Stadt Bad Homburg eine 3. Sicherheitskonferenz veranstaltet. Diese wurde seitens der Kommune abweichend der Prozessstruktur initiiert und geplant. Hierzu war es dem OBM Herrn Hetjes wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern,

insbesondere die mittelfristig und langfristig umgesetzten Maßnahmen und Projekte, die an der 2. Sicherheitskonferenz noch nicht dargestellt wurden, widerzuspiegeln.

Auch bei der 3. Siko erwies sich die **Moderation durch einen externen Journalisten / Moderator** wieder als sehr zielführend, da so wiederholt eine ausgeglichene und objektive Darstellung der beiden Teilnehmer – Polizei und Kommune – bzw. deren Maßnahmen, gewährleistet werden konnte.

In dem im Juni 2019 gegründeten **Präventionsrat** werden seither regelmäßige Arbeitsgespräche durchgeführt.

Büdingen

(Landkreis Wetteraukreis)

Bürgermeister:

Erich Spamer

Einwohnerzahl:

22.436 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Büdingen ist eine hessische Mittelstadt am östlichen Rande des Rhein-Main-Gebietes, im südöstlichen Teil des Wetteraukreises. Bis zum Jahr 1972 war sie Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Büdingen liegt in einem walddreichen Gebiet am Seemenbach, am Übergang der Wetterau zum Vogelsberg.

Büdingen zählt heute zu den am besten erhaltenen historischen Stadtbildern Deutschlands.

Überregional ist die Stadt durch ihre mittelalterliche Altstadt mit Schloss bekannt, die zu den besterhaltenen Stadtanlagen Europas zählt. Büdingen ist mit 122 km² flächenmäßig die größte Stadt des Landkreises und eine der größten Hessens.

Büdingen besteht aus den Stadtteilen Aulendiebach, Büches, Calbach, Diebach am Haag (siehe auch Herrnhag), Düdelsheim, Dudenrod, Eckartshausen, Lorbach, Michelau, Orleshausen, Rinderbüngen, Rohrbach, Vonhausen, Wolf und Wolferborn.

Büdingen ist Sitz einer Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE).

Kriminalitätsbelastung:

Anzahl der Straftaten 2019: 829, AQ 77,8%, HZ 3775. Anzahl der Straftaten 2019
Straßenkriminalität: 133 Fälle, 16% der gesamten Straftaten.

KOMPASS in Büdingen:

Büdingen wurde am 14.06.2018 von Herrn Innenminister Peter Beuth als neue KOMPASS-Kommune begrüßt.

Maßnahmen:

- 1. Sicherheitskonferenz (zwei Veranstaltungen, einmal mit Teilnehmer*innen gemäß Leitfaden, einmal mit den Ortsbeiräten),
- repräsentative Bürgerbefragung mit wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Gießen,
- Vor-Ort-Befragungen,
- Ortsbegehungen,
- Vorstellung Bürgerbefragung mit Ergebnissen im Magistrat der Stadt Büdingen,
- die Präsentation der Ergebnisse der Bürgerbefragung und ein Vortrag zur städtebaulichen Kriminalprävention im Präventionsrat der Stadt Büdingen führten zur Umsetzung von städtebaulichen kriminalpräventiven Maßnahmen welche kurzfristig umsetzbar waren, an den genannten „Problemorten“ (Rückschnitt Bepflanzung und Änderung Beleuchtung),
- Teilnahme KOMPASS an einer Seniorenveranstaltung („Brandheißer Seniorennachmittag“) in Zusammenarbeit mit der Kommune und der Feuerwehr, die Polizei war durch KOMPASS, MAX und die kriminalpolizeiliche Beratung vertreten,
- 2. Sicherheitskonferenz mit Präsentation von Ergebnissen aus der Bürgerumfrage und Darlegung erster Maßnahmen (zwei Veranstaltungen s.o.),
- Vorstellung der Arbeit eines Schutzmanns vor Ort (SvO) am Beispiel Bad Nauheim im Präventionsrat Stadt Büdingen,
- Einführung SvO im August 2020,
- Teilnahme Hessen3C,
- Stand Hessen3C, Internetprävention/KOMPASS PP Mittelhessen und Stadt auf dem Wochenmarkt in Büdingen,
- eine geplante Videoüberwachung im Bereich Emil-Diemer-Anlage wurde von Seiten des Datenschutzes abgelehnt.

Ein eigener Präventionsrat besteht seit 2016.

Fulda

(Landkreis Fulda)

Oberbürgermeister:

Dr. Heiko Wingenfeld

Bürgermeister:

Dag Wehner

Einwohnerzahl:

68.625 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Die Kreisstadt Fulda liegt an dem gleichnamigen Fluss und ist eine Hochschul- sowie Bischofsstadt mit Bischofssitz des gleichnamigen Bistums. Das Wahrzeichen der Stadt ist der Dom, auf dessen Vorplatz regelmäßig Großveranstaltungen stattfinden. Die Barockstadt gilt als Fastnachtshochburg in Hessen. Beim jährlichen Rosenmontagsumzug sind deutlich über 200 Zugnummern und zwischen 50.000 bis 70.0000 Zuschauer anzutreffen.

Fulda ist eine Stadt, die sich durch ihre Lage in der Mitte Deutschlands und der Verkehrsanbindung in den letzten Jahren enorm entwickelt hat. Neben den Anschlüssen zu den Bundesautobahnen A 7 und A 66 ist in diesem Kontext auch die ICE-Anbindung des Bahnhofes Fulda zu erwähnen. Für den Raum Osthessen ist Fulda die größte und zentrale Kommune mit entsprechender Infrastruktur. Fulda verfügt unter anderem über zwei Krankenhäuser und einem sehr breiten Angebot an Kaufhäusern und Geschäften. Darüber hinaus ist hier eine Hochschule mit über 8.000 Studierenden ansässig.

Die zahlreichen, mitunter auch großen Veranstaltungen, die mittlerweile über das ganze Jahr in Fulda durchgeführt werden, ziehen auch Besucher weit über die Region hinaus an. In 2019 fanden hier mehrere größere Veranstaltungen im Rahmen des Stadtjubiläums (unter anderem der Hessische Familientag) statt. Der für das Jahr 2021 geplante Hessentag musste pandemiebedingt abgesagt, bzw. verschoben werden. Im Jahr 2023 wird in Fulda die Landesgartenschau ausgetragen.

Neben der Kernstadt mit 24 Stadtteilen gehören noch weitere 11 (statistische) Bezirke zu Fulda.

Kriminalitätsbelastung:

Die Anzahl der Straftaten in Fulda beliefen sich 2020 auf 6.183 Fälle (2019: 9.119 Fälle), wobei sich hier kein spezielles Kriminalitätsphänomen herauskristallisierte. Die Aufklärungsquote liegt bei 75,7 % (2019: 70,7 %).

Einzig die Störungen im öffentlichen Raum u.a. auf dem Bahnhofsvorplatz gerieten in der Vergangenheit in den Fokus, woraufhin Videoschutzanlagen installiert, Alkoholverbotzonen eingerichtet sowie gezielte und gemeinsame Konzeptionsstreifen von Stadt und Polizei initiiert wurden.

KOMPASS in Fulda:

Am 01.10.2000 ging die Stadt Fulda als Teilnehmer im Pilotprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ an den Start und setzt seither Helferinnen und Helfer ein, seit Dezember 2018 im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Verbund mit den Gemeinden Petersberg, Künzell, Eichenzell und Neuhof.

Die seit Jahren bestehende präventive Gremienarbeit wurde im Jahr 2016 in einem Kriminalpräventionsrat neu aufgestellt. Im Stadtschloss und damit in zentraler Lage ist eine Stadtwache mit einem Schutzmann vor Ort eingerichtet.

Maßnahmen:

- Stadtwache mit einem Schutzmann vor Ort im Stadtschloss
- Installation von Videoschutzanlagen
- Einrichtung von Alkoholverbotzonen
- gezielte und gemeinsame Konzeptionsstreifen von Stadt und Polizei

Übergabe des Begrüßungsschildes:

Am 26.06.2019 fand in der Stadtwache des Stadtschlusses Fulda die feierliche Übergabe des KOMPASS-Begrüßungsschildes statt. Im Anschluss wurde die 1. Sicherheitskonferenz geplant.



*v.l.n.r.: Polizeipräsident Voß, Komm. Ansprechpartnerin R. Gärtner,
KHKin Welke, Bürgermeister D. Wehner*

Durchführung der 1. Sicherheitskonferenz:

Am **22.01.2020** fand die 1. Sicherheitskonferenz statt.

An dieser nahmen neben Verantwortlichen der Stadt Fulda und dem Polizeipräsidium Osthessen insbesondere Personen anderer Institutionen teil, wie beispielsweise die Leitungsebene des Staatlichen Schulamtes Fulda, Vertreter des örtlichen Einzelhandels, Personen der kommunalpolitischen Ebene sowie Medienvertreter.

Thematisiert wurden die Ziele von KOMPASS, die bestehenden Präventionsmaßnahmen und die anstehende Bürgerbefragung durch die Justus-Liebig-Universität (JLU).



(Foto: Osthessen-News – links Bürgermeister Dag Weher, rechts Polizeipräsident Günther Voss)

Bürgerbefragung durch die JLU:

Im ersten Quartal 2020 fand die Bürgerbefragung der JLU statt. Insgesamt konnten 3820 Personen an der Bürgerbefragung teilnehmen. Die Rücklaufquote lag bei 19,63 %, was insgesamt 736 Teilnehmerinnen und Teilnehmer entspricht.

Der Auswertebereich der JLU liegt seit dem 3. Quartal 2020 sowohl der Stadt Fulda als auch dem Polizeipräsidium Osthessen vor und ist Grundlage der derzeitigen Anpassungen, Beratungen und Planungen.

Ausblick:

Noch in diesem Kalenderjahr ist vorgesehen, weitere Anpassungen bzw. Verbesserungen auf Grundlage der Bürgerbefragung vorzunehmen. Bestehende und geplante Präventionsmaßnahmen werden weiteren Prüfungen und gegebenenfalls Anpassungen unterzogen.

Ferner ist die Durchführung einer 2. Sicherheitskonferenz in Planung.

Gudensberg

(Landkreis Schwalm-Eder-Kreis)

Bürgermeister:

Frank Börner

Einwohnerzahl:

9.710 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Im Schwalm-Eder-Kreis liegt die Stadt Gudensberg mit 9710 Einwohnern (Stand 30.12.2019), eine Kleinstadt am äußersten Südostzipfel des Naturparks Habichtswald etwa 20 km südlich von Kassel entfernt. Gudensberg ist sowohl Wohn- als auch Gewerbestandort. Neben der Kernstadt sind die Dörfer Deute, Dissen, Dorla, Gleichen, Maden und Obervorschütz Stadtteile von Gudensberg. Die zuständige Polizeidienststelle befindet sich elf Kilometer entfernt in Fritzlar.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum und auch das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wurden von den Verantwortlichen der Stadtverwaltung als von großer Bedeutung und teilweise als verbesserungswürdig erkannt. Die Schwerpunkte wurden in den Bereichen Verkehrssicherheit, Fußgängerzone, Alter Markt, illegale Abfallentsorgung, sowie Stadtpark und Märchenbühne gesehen. Ein weiteres wichtiges Thema stellt die Integration von ausländischen Mitbürgern dar.

Kriminalitätsbelastung:

Gudensberg ist aus polizeilicher Sicht kein Kriminalitätsbrennpunkt. Laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) liegt die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten seit 2015 stets zwischen 200 und 230 Straftaten im Jahr.

KOMPASS in Gudensberg:

Die Stadt Gudensberg wurde im Oktober 2018 im Kommunalprogramm begrüßt, unmittelbar im Anschluss fand das Auftaktgespräch gemäß der KOMPASS-Prozessstruktur statt. In diesem Kontext konnte auch der bereits bestehende Präventionsrat erfolgreich reaktiviert werden.

Im März 2019 wurde die 1. KOMPASS-Sicherheitskonferenz durchgeführt.

Bereits mit Aufnahme im Kommunalprogramm brachte die Stadt in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Nordhessen kommunale und polizeiliche Präventionsmaßnahmen auf den Weg.

So wurde in Gudensberg das opferzentrierte Präventionsprogramm „Gewalt-Sehen-Helfen“ (GSH) etabliert. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger ermutigt, Verantwortung zu übernehmen ohne sich in Gefahr zu bringen und positiv auf das Miteinander im Gemeinwesen einzuwirken.

Als weitere Präventionsmaßnahme hat die Stadt Gudensberg in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Kommunen Fritzlar und Bad Wildungen den Freiwilligen Polizeidienst (FPoID) eingeführt. Durch sichtbare Präsenz, vorbeugende Gespräche und durch Beobachten und Melden von Wahrnehmungen mit Bezug zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung soll die Sicherheitslage in der Kommune verbessert und gestärkt werden.

Ebenfalls im Rahmen vom KOMPASS wurde in Gudensberg durch Mitarbeiter*innen der Justus-Liebig-Universität Gießen eine Bürgerbefragung durchgeführt. Hier konnten aufschlussreiche Erkenntnisse über das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden und es konnte ein Abgleich der subjektiven Eindrücke mit der statistisch belegbaren, objektiven Sicherheitslage erfolgen.

Durch eine detaillierte Analyse der erhobenen Daten konnten dann im Arbeitsgremium passgenaue Präventionsmaßnahmen für die Kommune erarbeitet, empfohlen und die gemeinsame Umsetzung begonnen werden.

Die 2. Sicherheitskonferenz in Gudensberg war für März 2020 terminiert und vorbereitet, konnte aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie bis zum jetzigen Berichtszeitpunkt jedoch nicht durchgeführt werden. Alternativ wurden Teile der Inhalte der 2. Sicherheitskonferenz über Video-Podcasts und weitere-mediale Berichterstattungen an die Gudensberger Bürgerschaft transportiert.

Maßnahmen:

- 1. KOMPASS-Sicherheitskonferenz
- Freiwilliger Polizeidienst
- Gewalt Sehen Helfen (GSH)
- Repräsentative Bürgerbefragung
- Start einer Reihe von Informationsveranstaltungen mit verschiedenen Themen der Kriminal- und Verkehrsprävention in Kooperation mit ortsansässigen Vereinen
- Schutzmann vor Ort (SvO)
- Schaffung und Besetzung einer Stelle für aufsuchende (Jugend-) Sozialarbeit

Ausblick:

- 2. KOMPASS-Sicherheitskonferenz
- Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches rund um das Rathaus (Platznutzung und Verkehrsberuhigung)
- Maßnahmen zur besseren Beleuchtung und Einsehbarkeit von „Angstorten“
- Veranstaltungsreihe „Miteinander in Gudensberg“ zur nachhaltigen Förderung von Integration und kommunalem Zusammenhalt.
- Umgestaltung der Ortsdurchfahrtsstraße im Rahmen eines umfassenden Stadtentwicklungskonzepts (ab 2022).

Hanau

(Landkreis Main-Kinzig-Kreis)

Oberbürgermeister:

Claus Kaminsky

Einwohnerzahl:

96.492 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Im Osten des Rhein-Main-Gebiets gelegen, gehört Hanau mit seinen fast 100.000 Einwohnern zu den größten hessischen Städten.

Der seit über zehn Jahren bestehende Präventionsrat mit seinen vielfältigen Facharbeitskreisen trägt dazu bei, dass gesellschaftliche Herausforderungen hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit schnell aufgegriffen werden können.

Mit der Stabsstelle Prävention, Sicherheit und Sauberkeit ist seit 2007 eine Anlaufstelle geschaffen worden, bei der alle Fäden im Bereich der Präventionsaktivitäten zusammenlaufen.

Das Angebot reicht von „Frühen Hilfen“ für Familien und Kindertagesstätten über Prävention im Team (PiT) für die 7. Jahrgangsstufen in den Schulen bis zu Trainingskursen wie „Gewalt – Sehen – Helfen“ für Erwachsene.

Kriminalitätsbelastung:

In der Stadt Hanau wurden für das Jahr 2019 insgesamt 6.806 Straftaten registriert. Das ist der tiefste Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001. 70,3 % aller Delikte konnten aufgeklärt werden.

Die Häufigkeitszahl lag mit 7.088 (Vorjahr: 7.533) auf dem tiefsten Wert seit Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen.

Die Straßenkriminalität konnte mit 1.078 Straftaten seit 2001 mehr als halbiert werden.

In die Kategorie Straßenkriminalität fällt eine Vielzahl von Delikten, die im öffentlichen Raum begangen werden.

Nach dem Rekordjahr 2018 war ein Anstieg um insgesamt 39,3 % in Hanau im Vergleich zum Vorjahr auch bei den schweren Einbrüchen in Wohnungen zu verzeichnen. Mit 163 Fällen wurden 46 mehr als im Vorjahr gezählt.

Nur in 97 Fällen gelangten die Einbrecher tatsächlich an Beute; 40,5 % der Taten blieben im Versuchsstadium stecken.

Registrierte Straftaten, die durch tatverdächtige Jugendliche (unter 21 Jahren) begangen wurden, sind in der Stadt Hanau im Vergleich im Jahre 2019 im Vergleich zu 2018 nahezu konstant geblieben. Gerade bei Jugendlichen gilt es, frühzeitig gegen delinquentes Verhalten vorzugehen, um eine Verfestigung krimineller Verhaltensmuster zu verhindern.

„Die schon seit Jahren erkennbare erfreuliche Entwicklung der Kriminalstatistik hat sich auch im Jahr 2018 in der Stadt Hanau fortgesetzt. Wir registrierten so wenig Straftaten wie nie zuvor. Das bedeutet, dass nie zuvor weniger Menschen in Hanau Opfer einer Straftat wurden“, so Polizeipräsident Roland Ullmann in seinem Fazit zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 für die Stadt Hanau.

KOMPASS in Hanau:

Im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS (Start Ende 2017) beteiligten sich mehr als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit einem Fragebogen an der Bevölkerungsbefragung der Justus-Liebig-Universität in Gießen zum Sicherheitsgefühl in Hanau. Die Auswertung der wissenschaftlichen Befragung durch Frau Prof. Dr. Bannenberg und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergab ein erstes Meinungsbild, welches mit kommunalen Erkenntnissen und polizeilichen Erfahrungen abgeglichen wurde. Die erste Sicherheitskonferenz und die nicht repräsentative Bevölkerungsbefragung führten zusammengefasst zu folgenden Feststellungen:

- In Hanau fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich sicher. Sie benannten aber konkrete Problembereiche wie die Innenstadt, das Forum, den Freiheitsplatz und den Marktplatz sowie den Busbahnhof als veränderte Situation, die sie problematisch wahrnehmen.
- Befürchtungen, Opfer einer Straftat zu werden, bezogen die Befragten auf die Innenstadt
- Abends und in der Nacht fühlen sich die befragten Bürgerinnen und Bürger an den genannten Stellen unsicher.

Das Ergebnis der Bevölkerungsbefragung wurde in der 2. Sicherheitskonferenz am 05.12.2018 den Präventionsratsmitgliedern vorgestellt. Vertreten waren Angehörige der Staatsanwaltschaft, des Ordnungsamts, des Schulamts, des Schulverwaltungsamts, des Fachbereichs Bildung, Soziale Dienste und Integration, der Polizei, Ortsvorsteher, Seniorenberater der Polizei und die Leitungen der Facharbeitskreise des Präventionsrates. Mit dem Ergebnis der Befragung erhielten die Leitungen der Facharbeitskreise den Auftrag in ihren Bereichen einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.

Unter dem Motto „Zukunft Hanau - mitmachen, diskutieren und mitgestalten“ wurden im März 2019 Hanauer Bürgerinnen und Bürger zu einem dreitägigen Bürgerwochenende in den Congress-Park-Hanau (CPH) eingeladen. Sie waren aufgefordert, ihre Ängste, Sorgen und Nöte sowie Meinungen zur Mitgestaltung der Zukunft Hanaus mitzuteilen. Die Stabsstelle Prävention der Stadt Hanau, die Stadtpolizei, das Ordnungsamt und die polizeilichen Berater des Polizeipräsidiums Südosthessen erhielten in zahlreichen guten Gesprächen, zu den oftmals eng miteinander verknüpften Themen Sicherheit und Sauberkeit, viele neue Ideen und Anregungen auch für die städtebauliche Entwicklung der Stadt Hanau.

Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und die Ergebnisse aus den Gesprächen wurden in unterschiedlichen Arbeitsgruppen der Stadt Hanau aufgearbeitet und im Herbst 2019 präsentiert.

„KOMPASS hat uns als Stadt dabei unterstützt, unsere Bürgerinnen und Bürger noch mehr beim Thema Sicherheit zu beteiligen und ihre Sorgen und Ängste zu berücksichtigen. Nur wenn die Polizei, die Verantwortlichen der Stadt und die Menschen die hier leben an einem Strang ziehen, können wir gute Präventionsarbeit leisten“, unterstreicht Oberbürgermeister Claus Kaminsky.

Maßnahmen:

Maßnahmen wie z. B. das neue Lichtkonzept an der Marienkirche, die Neuplanungen rund um die Wallonisch-Niederländische Kirche als auch die vorgezogene neue Beleuchtung an der Innenstadtachse hin zur Karl-Röttelberg-Straße wurden zeitnah umgesetzt. Unsichere und dunkle Orte wurden mittels eines neuen Lichtkonzeptes erhellt.

Die Installation einer Videoschutzanlage an den zentralen Plätzen wie dem Marktplatz und dem Freiheitsplatz mit seinem zentralen Busbahnhof trugen dazu bei, dass sich die Menschen in Hanau sicherer fühlten. Die Videoaufzeichnungen trugen nachweislich auch zur Aufklärung von Straftaten bei und konnten wertvolle Hinweise im Rahmen von Fahndungsmaßnahmen geben. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt konnte so für die Besucherinnen und Besucher sowie für die Gewebetreibenden verbessert werden.

Mit dem Umzug der Stadtwache ins Rathaus am Marktplatz ging eine deutlich stärker wahrnehmbare Präsenz von Sicherheitspersonal einher. Dem vielfachen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr „Polizeipräsenz auf der Straße“ wurde durch das Hanauer Modell (gemeinsame Fußstreifen von Stadt- und Landespolizei) Rechnung getragen.

Vervollständigt wurde das Sicherheitsangebot durch die Einrichtung einer neuen „Schutzfrau vor Ort“, die durch ihren unmittelbaren Bürgerkontakt zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl beiträgt.

Anschlag 19.02.2020:

Die Präventionsbemühungen und spürbaren Verbesserungen des Sicherheitsempfindens wurden durch den menschenfeindlichen Anschlag in Hanau am 19.02.2020 jäh erschüttert. Ein Attentäter hatte neun Menschen an unterschiedlichen Tatorten erschossen, seine Mutter mutmaßlich mit in den Tod gerissen und sich dann selbst gerichtet. Dieses weltweit beachtete Ereignis hat sich nachhaltig in die Stadtgesellschaft eingebrannt und stellt uns in der Sicherheitsinitiative KOMPASS vor gänzlich neue Herausforderungen.

Corona-Pandemie:

Und dann ereilte uns Ende Februar noch die Corona-Pandemie mit einem verordneten Lockdown ab 16.03.2020 und den bis heute anhaltenden Kontaktbeschränkungen und Hygienevorschriften.

Gremienarbeit, ein persönliches Arbeitstreffen oder ein fachlicher Austausch sowie Präventionsveranstaltungen mit vielen Teilnehmerinnen und -teilnehmern sind bislang nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Repräsentative Bürgerbefragung:

Um den Prozess der Sicherheitsinitiative dennoch nicht gänzlich zu unterbrechen startete am 18.09.2020 die repräsentative Sicherheitsbefragung der Bürgerinnen und Bürger in Hanau. In Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität in Gießen erhielten 3.830 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren die Gelegenheit zur Teilnahme.

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie verdeutlichte der Rücklauf von rund 19,5% (=747 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) das hohe Interesse der Bürgerschaft, an den Sicherheitsthemen der Stadt mitzuwirken. In die Befragung eingeflossen ist auch ein spezieller Fragenkomplex zu den Auswirkungen des Anschlags auf die persönliche Betroffenheit und das Sicherheitsempfinden.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung wurden im Rahmen einer digitalen Präventionsratssitzung am 01.12.2020 durch die Justus-Liebig-Universität vorgestellt.

Es gilt nun, sich in einem nächsten Schritt intensiv mit den einzelnen Aussagen und Wirkungen auseinander zu setzen und in einer folgenden Sicherheitskonferenz möglichst passgenaue Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Zwischenfazit:

Ungeachtet der beiden außergewöhnlichen Ereignisse (Anschlag vom 19.02.2020 und Corona-Pandemie) zeigte die Stadt Hanau im Vergleich zur Ausgangslage im Jahr 2018 eine weitere Entspannung in der Kriminalitätsbelastung.

So wurden im Jahr 2020 insgesamt 6.360 Straftaten registriert. Gegenüber 2018 ein Rückgang von 881 Fällen oder 12,16%. Die Aufklärungsquote stieg im gleichen Zeitraum von 64,6% auf 68,4% (+ 3,8%).

Deutliche Rückgänge waren mit 317 Fällen (- 23,05%) bei der Straßenkriminalität und mit 182 Fällen (- 24,16%) bei den Sachbeschädigungen gegenüber dem Straftatenaufkommen im Jahr 2018 zu verzeichnen.

Gefährliche Körperverletzungen im öffentlichen Raum gingen um 10 Fälle (- 10,52%) und der Wohnungseinbruchsdiebstahl um 15 Fälle (- 14,82%) zurück.

Erfreulich ist, dass von den im Jahr 2020 registrierten 102 Fällen des Wohnungseinbruchsdiebstahls 39,2 % oder 40 Fälle im Versuchsstadium stecken blieben.

In der Langzeitbetrachtung der polizeilichen Kriminalstatistik setzt sich der positive Trend der letzten Jahre fort.

Ausblick:

Aus der Überzeugung, dass sich Kriminalprävention langfristig auszahlt, werden wir die Sicherheitsinitiative KOMPASS trotz oder gerade wegen der außergewöhnlichen Ereignisse in Hanau und ihrer Folgen fortschreiben und weiterentwickeln.

Die Einrichtung eines Zentrums für Demokratie und Vielfalt, der Ausbau der Jugendarbeit und die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechts sind nur einige Aspekte der kommunalen Initiativen der Stadt Hanau, die mit Unterstützung und Förderung des Landes Hessen auf den Weg gebracht und mit Leben gefüllt werden sollen.

Verantwortlich:

Jürgen Schmatz, PP Südosthessen – E4

Andrea Pillmann, Stadt Hanau

BILDERAUSWAHL: Bildrechte PP SOH-E4



Bild 1: Auftakt Modellkommunen Hanau und Maintal, Dezember 2017, Congress-Park-Hanau



Bild 2: Gewaltbarometer am Präventionsmobil



Bild 3: Erste Bürgerbefragung im Februar 2018

Maintal

(Landkreis Main-Kinzig-Kreis)

Oberbürgermeister:

Monika Böttcher

Einwohnerzahl:

39.553 (Stand 31.12.2019)



Ausgangslage:

Maintal liegt zwischen Frankfurt am Main und Hanau im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet. Mit knapp 40.000 Einwohnern ist sie die zweitgrößte Stadt im Main-Kinzig-Kreis und gliedert sich in die Stadtteile Dörnigheim, Bischofsheim, Hochstadt und Wachenbuchen. Seit 2015 ist die Stadt intensiv bemüht die Präventionsaktivitäten in der Stadt gemeinsam mit der Polizei weiter voranzutreiben.

Durch den Beitritt zum KOMPASS Programm im Dezember 2017 und mit Ernennung eines Präventionsbeauftragten in der Stadt wurden beste Voraussetzungen geschaffen, um in der Sicherheitsinitiative eng vernetzt zusammen zu arbeiten und individuelle Lösungen für Probleme vor Ort zu entwickeln. Es sollten Maßnahmen gefunden werden, die eine weitere Zunahme wie Straftaten von „Vandalismus“ und illegalem Graffiti (Beschädigungen und Schmierereien an öffentlichen Toiletten, Bushaltestellen, Stromkästen, Hinweisschildern und Verkehrszeichen, Straßenlaternen, Abfalleimern) im Ortsteil Wachenbuchen u.a. im Bereich der Friedhöfe und an den Bahnhöfen sowie im Bereich des Schulzentrums in Bischofsheim verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern.

Kriminalitätsbelastung:

Im Betrachtungsjahr 2019 lag die Kriminalitätsbelastung bei 1.959 Fällen und einer Aufklärungsquote von 59,2 %. Der Anteil der Straßenkriminalität lag bei 19,4 % (387 Fälle). Die Sachbeschädigungen waren um 17,3 % (-39 Fälle) gesunken. Die Polizeiliche Kriminalstatistik wies eine etwas geringere Kriminalitätsbelastung als im Jahr 2018 auf.

In einem Auftaktgespräch im Januar 2018 mit den Verantwortlichen der Kommune unter Federführung der Bürgermeisterin Monika BÖTTCHER und Beteiligung des Präventionsrates sowie dem KOMPASS-Beratungsteam des Polizeipräsidiums Südosthessen wurden weitere Schritte festgelegt.

KOMPASS in MAINTAL:

Nach einer Bevölkerungsbefragung mit rund 700 Maintaler Bürgerinnen und Bürger im Februar 2018 wurden in einem ersten gemeinsamen Sicherheitsgespräch (Foto 2) unter Beteiligung von Herrn Staatsminister Peter Beuth im April 2018 die Ergebnisse durch die Justus-Liebig-Universität in Gießen vorgestellt. Am Tag fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger sicherer als nachts. Vereinzelt wurden Angsträume an den Bahnhöfen Ost und West und rund um das Schulzentrum Bischofsheim aufgeführt, die in einer Arbeitsgruppe analysiert wurden. Im Rahmen von KOMPASS sollten passgenaue Lösungen gefunden werden. *„KOMPASS hat die Akteurinnen und Akteure in unserer Stadt dafür sensibilisiert, dass Sicherheit eine Aufgabe ist, die nur gemeinschaftlich zu lösen ist“*, so die Bürgermeisterin BÖTTCHER.



Foto 2- Sicherheitsgespräch im Rathaus Maintal mit Staatsminister Beuth, 09.04.2018.

Maßnahmen:

Es folgten Ortsbegehungen am sogenannten „Flugzeugspielplatz“ in Bischofsheim und an den Bahnhöfen West und Ost. In einer zweiten Sicherheitskonferenz und einer anschließenden Arbeitsgruppensitzung mit allen Beteiligten wurde ein Maßnahmenkatalog zur Vermeidung von Angsträumen erarbeitet.

Schlecht ausgeleuchtete und wenig einsehbare Ecken und Nischen sollten durch das Aufstellen von Laternen erhellt und durch Baum- und Buschrückschnitt einsehbarer gemacht werden (Foto 3). Rund um das Schulzentrum wurde ein Ordnungspolizist als Kontaktbeamter eingesetzt. Er bildet das Bindeglied zwischen den Institutionen Polizei, Schulen, Stadtteilzentrum, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Stadtverwaltung.

Illegale Graffiti im Bereich der Bahnunterführungen West und Ost wurden auf eigene Kosten entfernt. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn zur Instandhaltung der Bahnhöfe sind aufgenommen. Bahnunterführungen wurden mit neuen Lampen ausgestattet und so Rad- und Fußwege neu beleuchtet. Die Ordnungspolizei wurde aufgestockt und eine Präventivstreife ins Leben gerufen, die auch die Feldgemarkungen am Wochenende bestreift.



Foto 3: Maintal, „Flugzeug-Spielplatz“

Foto 4: Kontaktbeamter der Ordnungspolizei vor Ort, Karsten Soer

Verbindungsweg am Schulzentrum Maintal-Bischofsheim

Vorher: dunkler Weg ohne soziale Kontrolle |

Nachher: Sechs Straßenlaternen erhellen den Weg.

Querung auch in der Dunkelheit möglich. „Angstraum“ beseitigt.

Darüber hinaus fanden weitere gemeinsame Präventionsaktivitäten mit der Polizei statt. Frau Bürgermeisterin BÖTTCHER: *„Mit KOMPASS hat das Netzwerk wichtige Impulse erhalten: Alle Akteurinnen und Akteure stehen im kontinuierlichen Informationsaustausch mit dem Ziel, Handlungsfelder zu identifizieren, Lösungen zu finden und zeitnah umzusetzen. Die kooperative Zusammenarbeit zwischen Ordnungspolizei und Polizei konnten wir weiter intensivieren. Insgesamt eine sehr positive Entwicklung, an der wir weiterarbeiten werden.“*



Foto 5- Einsatz des Präventionsmobil am Braubachcenter in Dörnigheim, 26.06.2018

Foto 6- Ausbildung von Sicherheitsberaterinnen und -Beratern im Juni 2019 in Maintal

Dazu gehörte auch das Begegnungsfest am 16.08.2019 unter dem Motto „Gemeinsam leben im Quartier“. Bürgermeisterin Monika Böttcher, der Präventionsbeauftragte der Stadt, der Verein „Die Welle“, die Jugend- und Familienhilfe, das Team des Kinder- und Jugendhauses, der Kontaktbeamte und die Polizei (Polizeistation Maintal und KOMPASS-Team) suchten das Gespräch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern im Stadtteil Bischofsheim zu dem Thema „Sicher fühlen – gemeinsam leben im Quartier“. Eingeladen waren Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen, Lehrkräfte und Mitarbeiter aus dem Kinder- und Jugendhaus zu einem Begegnungsfest rund um das Schulzentrum. Das Begegnungsfest und der Dialog mit jungen und älteren Menschen, Schülerinnen und Schülern sowie Anwohnern war ein Ergebnis aus dem „Arbeitskreis rund um das Schulzentrum“ und ein voller Erfolg.

Kurz darauf startete am 05.09.2019 die repräsentative Bürgerbefragung unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen unter Leitung von Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg.

Rund 3.800 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren bekamen die Möglichkeit, sich an der Bürgerbefragung zu beteiligen. Der Rücklauf von 23,05% der Befragten, d. h. 876 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, zeigte das große Interesse der Bürgerschaft an dem Thema Sicherheit.

Das Ergebnis der Sicherheitsbefragung und die wesentlichen Problembereiche (Unordnungszustände, Aspekte der Verkehrssicherheit und jugendspezifische Auffälligkeiten) wurden in einer Präventionsratssitzung durch die Justus-Liebig-Universität vorgestellt und erörtert.

Es folgten weitere Gesprächsrunden und Arbeitskreise, um sich mit den Ergebnissen der Bürgerbefragung intensiver auseinanderzusetzen.

Die Präventionsarbeit wurde durch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger z.B. bei den Aktionstagen „Maintal hält zusammen – Eine Stadt trifft sich im Netz“ oder „Maintal räumt auf – mach mit“ begleitet.



Foto 7- „Gemeinsam ein Zeichen gegen Vandalismus und Graffiti setzen“ am Dörnigheimer Mainufer, 14.06.2019

Bei der Neuanlage einer P + R Anlage am Bahnhof Maintal – Ost im Herbst 2020 wurde besonderer Wert auf die Herstellung einer modernen Lichtanlage gelegt. Bei der gleichen Bauanlage wurde ein Verbindungsweg zum Bahnhof außer Betrieb genommen und das über

Jahre ungepflegte Gestrüpp entfernt. So konnte ein Angstpunkt beseitigt werden und ein neuer konnte nicht entstehen.

Die Begehung des Mainufers mit seinen Freizeiteinrichtungen im Rahmen einer Präventionsratssitzung im Dezember 2020 führte den Naherholungswert nachdrücklich vor Augen und verdeutlichte die Notwendigkeit der zeitnahen Beseitigung von Unordnungszuständen. Hierzu hatte die Stadt Maintal eine kreative Lösung in Form eines „Müllmobils“ parat, um das Gelände umweltfreundlich zu „bestreifen“. Dieses Müllmobil soll für das Stadtgebiet eine Vorbildfunktion haben. Daher sind für die anderen Stadtteile nach Abschluss der Pilotphase weitere Beschaffungen geplant.



Foto 8: 1. Stadtrat Karl-Heinz Kaiser auf dem „Müllmobil“



Foto 9: Präventionsratssitzung am Mainufer, Dez. 2020

Zwischenfazit:

Die intensiven kommunalen Präventionsbemühungen und die nachhaltige Vernetzung zwischen Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Landespolizei zeigen erste zarte Erfolge.

Nach einem durch vermehrte Online-Betrügereien verursachten Fallzahlenanstieg in den Jahren 2018 und 2019 hat sich die Kriminalitätsbelastung¹ im Jahr 2020 auf insgesamt 1.593 Fälle reduziert. Dies bedeutet ein Rückgang gegenüber 2017 um 148 Fälle oder 8,5%. Die Aufklärungsquote stieg im Jahr 2020 auf 63%.

Bemerkenswert sind die Rückgänge gegenüber 2017 in den Deliktsbereichen der Rohheitsdelikte (- 62 Fälle/- 19,49%), der Diebstähle (- 154 Fälle/- 25,08%), der Sachbeschädigungen (- 58 Fälle/- 27 %), der Straßenkriminalität (- 79 Fälle/- 20,73 %) und des Wohnungseinbruchdiebstahls (- 17 Fälle/- 30,9 %).

Besonders erfreulich ist, dass von den 38 Wohnungseinbrüchen im Jahr 2020 rund 20 oder 52,6% bereits im Versuchsstadium scheiterten.

Neben diesem positiven Trend bei der Kriminalitätsentwicklung wird sich auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich verbessern. Mit der Sicherheitsinitiative KOMPASS sind wir auf dem richtigen Weg und werden in unseren Präventionsbemühungen für eine sichere Zukunft – gerade angesichts der Corona-Pandemie - nicht nachlassen.

¹ Häufigkeitszahl 2020: 4.028 pro 100.000 Einwohner

Verantwortlich:

Jürgen Schmatz, PP Südosthessen

Stephanie Padberg, PP Südosthessen

Frank Meisinger, Stadt Maintal

Anmerkung:

Alle auf den Fotos abgebildeten Personen sind mit einer Veröffentlichung im KOMPASS-Leitfaden bzw. auf der KOMPASS-Homepage einverstanden. Die Bildrechte liegen bei der Stadt MAINTAL (Bilder 1-7) bzw. dem Polizeipräsidium Südosthessen (Bilder 8+9).

Neu-Isenburg

(Landkreis Offenbach)

Bürgermeister:

Herbert Hunkel

Einwohnerzahl:

38.105 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Die Hugenottenstadt Neu-Isenburg ist mit annähernd 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Mittelstadt im Landkreis Offenbach, in direkter Nachbarschaft zu Offenbach und Frankfurt am Main. Die Stadt liegt in unmittelbarer Nähe des Frankfurter Flughafens. Neu-Isenburg ist Standort von verschiedenen größeren Dienstleistungsunternehmen und zugleich Wohnort für Pendler nach Frankfurt am Main. Die verkehrsgünstige Anbindung der Stadt und die täglichen Besucherströme in das Einkaufszentrum „Isenburg-Center“ begünstigen damit auch eine hohe Anzahl von Tatgelegenheiten für die Begehung von Straftaten wie z.B. Ladendiebstahl, Taschen- und Trickdiebstahl, aber auch Ordnungsverstöße (Lärm und Müll) sowie weitere Straftaten in Form von Beleidigungen, Körperverletzungsdelikten und Sachbeschädigungen.

Kriminalitätsbelastung:

Die Anzahl der Straftaten in Neu-Isenburg lag 2019 bei 2.285 Straftaten, von denen 59,6 % aufgeklärt werden konnten. Der Anteil der Straßenkriminalität an den Gesamtfallzahlen betrug mit 489 Fällen rund 21 %.

Rund 40 % der Straftaten fielen in die Deliktsbereiche Diebstahl und Betrug.

Etwa 15,8 % (361 Fälle) zählen zum einfachen Diebstahl. Ein Minus von 110 Fällen im Vergleich zum Vorjahr (-23,4 %).

KOMPASS in Neu-Isenburg

Mit dem Ziel „[...] die Sicherheit in der Stadt weiter zu verbessern [...]“, wurde die Stadt Neu-Isenburg am 14. Juni 2018 durch den Hessischen Innenminister Peter Beuth als KOMPASS-Kommune begrüßt. Erklärtes Ziel ist, das subjektive Sicherheitsgefühl der Neu-Isenburger Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

In Neu-Isenburg greifen verschiedene kommunale Präventionsprojekte reibungslos ineinander. Eine Präventionsmaßnahme der Stadt Neu-Isenburg und ein wichtiger Baustein in der kommunalen Kriminalprävention ist der Freiwillige Polizeidienst. Die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger unterstützen die Kommune und die Polizeibehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie vermitteln den Menschen ein verstärktes Gefühl der Sicherheit.

„Abgestimmt mit den Schulen, Unternehmen, vielen Ehrenamtlichen, Behörden und der Polizei arbeiten wir vernetzt - und dies dient dem Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt“, fasst Bürgermeister Herbert Hunkel zusammen. „Mit der Teilnahme am Präventionsprogramm „Kompass“ des Landes Hessen erhoffen wir uns eine positive Weiterentwicklung unserer bisherigen Maßnahmen, noch mehr Sicherheit und passgenaue Projekte, bei denen uns auch die Polizei in bewährter Weise unterstützt. Wir bedanken uns bei Herrn Innenminister Peter Beuth für die Aufnahme in das Präventionsprogramm“.

Das Auftaktgespräch zwischen Stadtverwaltung und Polizei fand im Oktober 2018 im Neu-Isenburger Rathaus statt. Gemeinsam wurden erste Eckpunkte zum weiteren strategischen Vorgehen und für die eng vernetzte Zusammenarbeit besprochen.



Mit Unterstützung der Justus-Liebig-Universität in Gießen wurde von März bis Mai 2019 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Ca. 10 % der Neu-Isenburger Bürgerinnen und Bürger, im Alter ab 14 Jahren, beteiligten sich an der Umfrage zum Sicherheitsgefühl in ihrer Heimatstadt.

Erste Ergebnisse wurden in der 1. Sicherheitskonferenz unter Beteiligung des Präventionsrates der Stadt am 19. Juni 2019 vorgestellt. In einem nächsten Schritt wurden die als problematisch benannten Örtlichkeiten, sogenannte „unsichere Orte“, in drei gemeinsamen Ortsbegehungen am 19.10., 24.10 und 29.10.2019 betrachtet und der mögliche Handlungsbedarf erhoben.

Die jeweils stattgefundenen Ortsbegehungen in den Stadtteilen sowie der Kernstadt wurden in diesem Prozess als wichtigste Punkte empfunden. Bei allen Begehungen haben neben Mitarbeitern der Verwaltung und der Polizei, dem Bürgermeister und Ersten Stadtrat sowie Gremienvertretern vor allem auch viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neu-Isenburg teilgenommen, mit denen die Situationen vor Ort konkret erörtert und seitens den Projektbeauftragten der Stadt dokumentiert wurden. Konkret definierte Maßnahmen und Vereinbarungen an kritischen Bereichen (Beleuchtung, Rückschnitte, Straßenzustand, Beschilderung) wurden in Teilen bereits behoben oder es wird an Lösungskonzepten hierfür gearbeitet. Erste Maßnahmen im Bereich der Beleuchtung von Wegen und Plätzen wurden eingeleitet bzw. geplant. Die Stadtwerke arbeiten bereits an den lichttechnischen Berechnungen und an der Erstellung der Angebote zu den in ihrer Zuständigkeit liegenden Beleuchtungspunkten, um benannte „Unsichere Orte“ durch Lichttechnik heller und freundlicher und damit sicherer zu gestalten. Auch in den Ortsbeiräten und in der Stadtverordnetenversammlung wurden die Ergebnisse der Begehungen intensiv beraten.



Bild 3 (oben) Ortsbegehung Gravenbruch

Bild 4: Ortsbegehung Zeppelinheim



Bild 5: Ortsbegehung Kernstadt

In einer weiteren Sicherheitskonferenz am 02.11.2019 unter Beteiligung der Mitglieder des Präventionsrates, einzelner Fachbereiche der Stadt, des Vereins Mobile Jugendhilfe (Moja

e.V.), der Ortsbeiräte und Fraktionen sowie der Polizei wurden die Ergebnisse der Ortsbegehungen präsentiert und der Handlungsbedarf zur Diskussion gestellt.

Die Sicherheitskonferenz wurde durch einen externen Moderator als Workshop gestaltet und durch einen Fachvortrag „Die Sicherheitsanalyse als Einflussfaktor kriminalpräventiver Maßnahmen am Beispiel der Stadt Neu-Isenburg“ abgerundet.

Als Ergebnis der Sicherheitskonferenz wurden folgende vier Schwerpunktthemen herausgearbeitet:

- Verstärkung und Präsenz der Ordnungskräfte,
- Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement,
- Unangemessenes Verhalten junger Menschen und
- Optimierung der Informationspolitik in der Stadt Neu-Isenburg.

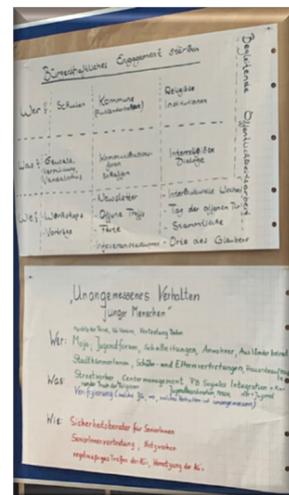


Bild 6: Bürgermeister Hunkel begrüßt zur Sicherheitskonferenz

Bild 7: Ausschnitt zu den Schwerpunktthemen

Diese vier Schwerpunktthemen sollen gemeinsam unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (u. a. Anwohner, Stadtkümmerer, Senioren u. Ausländervertretungen) sowie unter der Berücksichtigung von Expertise aus Schule, Jugendhilfe, Suchtberatung, Polizei und Stadtverwaltung mit dem Ziel einer noch intensiveren Vernetzung und im Sinne der Nachhaltigkeit für passgenaue Maßnahmen im KOMPASS-Programm verifiziert werden.

Trotz der seit März 2020 anhaltenden Pandemie und der damit einhergehenden Änderung in den Ressourcen wurde auch weiterhin an den gesetzten Schwerpunktthemen gearbeitet. So konnten z.B. durch die Einstellung weiterer Ordnungspolizeibeamter sowie Freiwilliger Polizeihelfer (zur Wiederbesetzung aller zehn zur Verfügung stehender Stellen des FPOLD in Neu-Isenburg) die Präsenz der Ordnungskräfte im Stadtgebiet erhöht werden. Auch setzt die Stadt Neu-Isenburg seit den Sommermonaten 2019, so auch in den Sommermonaten 2020, einen privaten Sicherheitsdienst in den Abendstunden ein um das Sicherheitsgefühl in Neu-Isenburg zu stärken.

Neben den klassischen Kommunikationskanälen, über die Pressearbeit, Newsletter, Stadtteilzeitungen und die Homepage der Stadt Neu-Isenburg, wird künftig auch über soziale Netzwerke kommuniziert. Dazu verstärkt seit dem 1.1.2021 eine Social-Media-Managerin das Team der Öffentlichkeitsarbeit. Über Facebook und Instagram können so weitere Zielgruppen erreicht und die Präventionsaktivitäten der Stadt einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Damit wurde das formulierte Ziel Nr. 4 aus der Sicherheitskonferenz aufgegriffen und zeitnah einer Lösung zugeführt.

Zwischenfazit:

Die Anzahl der Straftaten in Neu-Isenburg ging gegenüber 2018 um 352 Delikte (- 14,81 %) auf 2.024 im Jahr 2020 zurück. Die Aufklärungsquote stieg von 55 % auf nunmehr 63,3 %. Betrug der Anteil der Straßenkriminalität an den Gesamtfallzahlen im Jahr 2018 mit 599 Fällen noch rund 25 % so ist er im Jahr 2020 um 190 Fälle (- 31,71%) auf 409 Fälle gesunken. Ebenso deutlich fällt der Rückgang bei den Diebstahlsdelikten um 277 Delikte (- 29,72%) im Betrachtungszeitraum aus.

Lediglich der Wohnungseinbruchsdiebstahl unterlag Schwankungen. Wurden 2019 noch 21 Delikte mehr wie 2018 registriert, so reduzierte sich die Anzahl 2020 um neun Fälle auf insgesamt 49 Fälle. Erfreulich bleibt festzustellen, dass es in 23 Fällen (46,9%) bei einem Versuch blieb.

Ebenso sanken die Fallzahlen bei den Sachbeschädigungen um 34 Fälle auf 185 Delikte. Insgesamt wurden im Jahr 2020 113 Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen registriert.

Die positive Kriminalitätsentwicklung im Jahr 2020 lässt vorsichtig darauf schließen, dass die vielfältigen Befassungen im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS ihre präventive Wirkung entfalten. Wir werden uns jedoch nicht auf diesen Ergebnissen ausruhen, sondern die Sicherheitsinitiative KOMPASS kontinuierlich weiterentwickeln.

Verantwortlich:

Frau Marburger, Stadt Neu-Isenburg

Frau Padberg, PP Südosthessen

Herr Schmatz, PP Südosthessen

Bildrechte:

PP Südosthessen, Abteilung Einsatz – E4

Schwalbach am Taunus

(Landkreis Main-Taunus-Kreis)

Bürgermeister:

Alexander Immisch

Einwohnerzahl:

15.300 (Stand 31.12.2019)

Ausgangslage:

Schwalbach am Taunus liegt im Vordertaunus, unmittelbar an der westlichen Stadtgrenze von Frankfurt am Main. Schwalbach ist ein wichtiger Wohn- und Gewerbestandort im suburbanen Frankfurter Umland. Annähernd die Hälfte der Schwalbacher lebt in der Limesstadt, einer von 1962 bis 1973 errichteten Großwohnsiedlung.

Videoüberwachung:

In der 2. Sicherheitskonferenz konnten zahlreiche Maßnahmen und präventive Projekte den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden.

So wurde im Bereich des Hot Spots von Schwalbach, dem sogenannten unteren Marktplatz 17 Videokameras installiert und in Betrieb genommen.

Diese haben sowohl den präventiven Zweck potenzielle Straftäter abzuhalten, aber auch repressiven Charakter, um bereits geschehene Taten beweiskräftig aufzuklären.

„Herumlungernde“ Jugendliche:

In der 1. Sicherheitskonferenz gab es zahlreiche Wortmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern, die das Herumlungern der Jugendliche bemängelte.

Auch dieses Problem wurde in Angriff genommen und ein neuer Jugendraum wiedereröffnet mit zahlreichen Angeboten, die diese nutzen können.

Mängelmelder:

Der Mängelmelder wurde sowohl bei der 2. Sicherheitskonferenz den Bürgerinnen und Bürgern, als auch in der lokalen Presse vorgestellt. Sinn und Zweck des Mängelmelders ist den Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, schnell und mit wenig Aufwand Müllablagerungen, Sachbeschädigungen und andere Dinge sogar mit Bildfunktion an die Stadt zu schicken.

Der Mitteiler*in erhält anschließend eine Nachricht bzw. ein Ampelsymbol mit der jeweiligen Farbe, die Auskunft über die Bearbeitungsphase gibt.

Schutzmann vor Ort:

Einer der effektivsten und präventiven Maßnahmen seit der Einführung von KOMPASS in Schwalbach ist der Schutzmann vor Ort (SvO). Dieser wurde Anfang 2018 offiziell vorgestellt.

Der SvO steht sowohl im Rathaus, als auch bei Fußstreifen dem Bürger als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es jeden Monat einen Jour fix, an dem der SvO zusammen mit dem Schwalbacher Bürgermeister zusammen durch die Schwalbacher Innenstadt geht und sich mit ihm zusammen die Sorgen und Nöte der Bevölkerung anhört.

Dialog Schwalbach:

In regelmäßigen Abständen findet in Schwalbach ein Dialog mit Jugendlichen statt. Die Migrationsbeauftragten des PP Westhessens gehen zum Teil mit dem Schutzmann vor Ort auf Streife und sprechen Jugendliche und Heranwachsende im Ortskern an.

Ziel dieser Maßnahme ist es, das aktuelle subjektive Sicherheitsgefühl zu erfragen und festzustellen, ob auch die Bürger*innen eine Verbesserung seit dem Projekt KOMPASS spüren.

Städtebauliche Kriminalprävention; Umgestaltung „unterer Marktplatz“:

Eine der längerfristigen Maßnahmen seit KOMPASS sind die seit 2020 andauernden Baumaßnahmen und die Umgestaltung des Areals „Unterer Marktplatz“.

Ziel ist es den „Unteren Marktplatz“ zukunftsorientiert und städtebaulich zu verändern. Der in der ersten Sicherheitskonferenz mehrfach genannte „Angstraum“, wird somit durch die baulichen Veränderungen freundlicher und heller gestaltet.

Bunter Riese:

Der „Bunte Riese“ war einer der meistgenannten „Angsträume“, der bei der 1. Sicherheitskonferenz genannt wurde. Der Hochhauskomplex sorgte nicht nur bei Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Gebäude wohnen für Unbehagen, sondern auch bei denen, die ihn täglich passieren mussten.

Hierzu zählte nicht nur, dass der Fahrstuhl des Öfteren defekt war, die Flure verdreckt und vermüllt waren, sondern auch Kellerräume als Depot für Betäubungsmittel genutzt wurden.

Diese Verhältnisse wurden auch vom Betreiber bzw. Immobilienverwalter des Hochhauskomplexes stark kritisiert. In Folge dessen und als Errungenschaft des Dialogs und KOMPASS wurde die Schließanlage ausgetauscht und Zugangschips an Berechtigte – die Bewohner des Hauses - verteilt. Dies ermöglicht nun eine verbesserte „Zugangskontrolle“ zum Haus, denn es soll grundsätzlich vermieden werden, dass Personen bzw. Personengruppen sich Zugang zum Gebäude verschaffen, um kriminelle Absichten zu verfolgen.

Darüber hinaus wurde die Aufzugsanlage modernisiert, um Störungen des Betriebs zu minimieren. Der ehemalige Kiosk wurde zum Büro für den Hausmeisterservice umgebaut. Dieser dient seither ganztags von Montag bis Freitag als Ansprechpartner für die Hausbewohner/- innen. Darüber hinaus findet jeden Dienstag eine Mietersprechstunde statt wobei sich die Mieter der 170 Wohnungen direkt an die Hausverwaltung wenden können.